

Pressemitteilung

„Weitere Holocaust-Entschädigung war überfällig“

Historiker Thamer sieht durch die Entscheidung die zeithistorische Forschung bestätigt

Münster, 7. Dezember 2011 (exc) Die Entschädigung weiterer 16.000 Holocaust-Überlebender auf der ganzen Welt ist aus Sicht des Münsteraner Historikers Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer eine „längst überfällige Anerkennung der deutschen Verantwortung für das erlittene Unrecht“. Allerdings sollte sie aus moralischer Sicht nicht auf eine bestimmte Mindestzeit begrenzt werden, sagte Prof. Thamer vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Universität Münster am Mittwoch. Die Bundesregierung hatte nach Angaben der New Yorker Jewish Claims Conference jüngst die Mindestzeit an NS-Verfolgung, die ein Opfer für einen Anspruch auf Entschädigung nachweisen muss, von 18 auf zwölf Monate verkürzt.

Bei der Neuregelung der Bundesregierung zur Entschädigung von Überlebenden des Holocaust handle es sich insgesamt um eine „richtige humanitäre und politisch-symbolische Entscheidung“, so Prof. Thamer, auch wenn sie sehr spät komme und viele Opfer der verbrecherischen Politik des NS-Regimes nicht mehr erreichen werde, da sie mittlerweile verstorben seien. Daran änderten auch die Betrugsfälle nichts, die in jüngster Zeit bekannt wurden.

Die Entscheidung berücksichtige, so der Wissenschaftler, was die zeithistorische Forschung längst verdeutlicht habe: „Seit Beginn des Krieges gerieten mit der Eroberung von West-, Ost- und Südosteuropa durch deutsche Truppen und durch die SS immer mehr europäische Juden in den deutschen Herrschaftsbereich, wo sie entrechtet, enteignet, in Gettos und Lager eingepfercht und ermordet wurden.“ Dieser Prozess der millionenfachen Verfolgung, an dem viele deutsche Dienststellen beteiligt gewesen seien, habe sich nicht nur ständig beschleunigt und radikalisiert, sondern sei auch sehr uneinheitlich verlaufen. „Das machte den Nachweis der Verfolgung und die Überprüfung der entsprechenden Anträge auf Entschädigung nicht einfach“, sagte der Experte. Dass nun die Bedingungen gelockert würden, sei längst überfällig.

Prof. Thamer ist Hauptantragsteller des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ und leitet das Cluster-Projekt B6 „Politische Religion, Utopie und Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert“. Wie die Jewish Claims Conference mitteilte, will die Bundesregierung den Überlebenden des Holocaust weitere 485 Millionen Euro zahlen. Damit werden mehr als 16.000 Betroffene eine durchschnittliche Entschädigung von etwa 30.000 Euro erhalten. Möglich wurde dies durch eine Lockerung der Regeln, welche Nachweise für einen Entschädigungsanspruch vorgelegt werden müssen. Diese Änderungen hatte der New Yorker Verband mit der Bundesregierung ausgehandelt. (ska/vvm)

Bildzeile: Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer (exc)

Kontakt:

Sarah Kamp
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“
Johannisstraße 1-4
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376
Fax: 0251/83-23246
religionundpolitik@uni-muenster.de
www.religion-und-politik.de

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

„Religion und Politik“ - Der Exzellenzcluster der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) forschen rund 200 Wissenschaftler aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und elf Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis zwischen Religion und Politik von der Antike bis zur Gegenwart und von Lateinamerika über Europa bis in die arabische und asiatische Welt. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den deutschlandweit 37 Exzellenzclustern der einzige zum Thema Religionen. Bund und Länder fördern das Vorhaben im Rahmen der Exzellenzinitiative bis 2012 mit 37 Millionen Euro.